
Kongresswahlen in der Ära Obama: Das Phänomen der unterschiedlichen Wählerschaften

Michael Kolkmann

1 Einleitung

Die Ergebnisse der Kongresswahlen sind in der Amtszeit von Präsident Barack Obama stark disparat ausgefallen. Konnte Obama nach einem überzeugenden Wahlsieg über seinen Konkurrenten John McCain in der Präsidentschaftswahl des Jahres 2008 zusammen mit den Demokraten auf *Capitol Hill* in einem *Unified Government* regieren, so verloren die Demokraten in den Zwischenwahlen des Jahres 2010 die Mehrheit im Repräsentantenhaus, ihre Mehrheit im Senat konnten sie dagegen behaupten. Im Jahr 2012 konnte sich Obama in der Präsidentschaftswahl nicht ganz so deutlich wie 2008 gegen den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten durchsetzen. Die Mehrheiten im Kongress blieben aber unverändert. Im Jahre 2014 schließlich verloren die Demokraten ihre Mehrheit im Senat, so dass sich Obama in seinen beiden letzten Amtsjahren Republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses gegenüber sieht (vgl. Tabelle 2.1). Zusammen genommen haben die Demokraten unter Obama seit der Wahl von 2008 insgesamt 69 Sitze im Repräsentantenhaus verloren – so viele wie unter keinem anderen Präsidenten seit Franklin D. Roosevelt. Im Senat verloren die Demokraten unter Obama seit 2008 13 Sitze (vgl. die Tabellen 2.2 und 2.3).

Tabelle 2.1 Divided und Unified Government seit dem Amtsantritt von Präsident Obama, 2009 – 2017

Zeitraum	Weißes Haus	Repräsentantenhaus	Senat
111. Kongress (2009-11)	Dem	Dem	Dem
112. Kongress (2011-13)	Dem	Rep	Dem
113. Kongress (2013-15)	Dem	Rep	Dem
114. Kongress (2015-17)	Dem	Rep	Rep

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Dieser Beitrag thematisiert die Kongresswahlen in der bisherigen Amtszeit von Präsident Barack Obama. Ein erster Schwerpunkt behandelt dabei das Phänomen der unterschiedlichen Wählerschaften (*Dual Electorate*) in Kongress- und Präsidentschaftswahlen, das erklären hilft, warum sich Obama in zwei Präsidentschaftswahlen deutlich durchsetzen konnte, während seine Partei in den Kongresswahlen der vergangenen Jahre zum Teil empfindliche Verluste hinnehmen musste (Kapitel 2). Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der letzten Kongresswahl vom November 2014. Hier steht die Frage im Mittelpunkt, wie das Wahlergebnis zu interpretieren ist, genauer: ob es sich bei dieser Wahl um eine Abrechnung mit Präsident Obama gehandelt hat (Kapitel 3). Daran anschließend wird das Wahlergebnis im Detail erörtert (Kapitel 4). Der aktuelle 114. Kongress wird in seiner Zusammensetzung und Organisation im Kapitel 5 näher vorgestellt, bevor anschließend mit den Phänomenen des *Gerrymandering* und des *Sorting* der Blick auf aktuelle Trends gerichtet wird (Kapitel 6). Ein Ausblick auf die nächsten Kongresswahlen am 8. November 2016 rundet den Beitrag ab.

2 Das Phänomen der Dual Electorate

Charakteristisch für den Ausgang der vier Kongresswahlen seit 2008 ist das Phänomen der *Dual Electorate*.¹ Demnach verfügt die Wählerschaft in Präsidentschaftswahljahren über eine andere Komposition als in reinen Kongresswahlen. Dabei haben es insbesondere die Demokraten in den Jahren 2008 und 2012 geschafft, ihre traditionellen Wählergruppen zur Stimmabgabe zu motivieren, in reinen Zwischenwahlen gelang ihnen dies nur suboptimal. Dieses Phänomen führt dazu, dass es in Zukunft schwieriger für die politischen Parteien wird, die eigenen potenziel-

1 Jonathan Topaz, What We Learned About the American Voter in 2014, politico.com, 31. Dezember 2014.

len Wähler zu identifizieren, da nicht eindeutig bestimmt werden kann, welche Wählerschaft in der entsprechenden Wahl jeweils abstimmt. Die Wählerschaft in Präsidentschaftswahljahren ist deutlich jünger und diverser als in Zwischenwahlen. So konnten die Demokraten in den Wahlen 2014 die Mitglieder der so genannten *Obama Coalition* nicht in so großer Zahl an die Wahlurnen bringen, wie es noch 2012 mit Obama als Präsidentschaftskandidat gelungen war.² Wähler bis 29 Jahre machten in den Wahlen von 2012 19 Prozent der Wählerschaft aus, zwei Jahre später betrug dieser Anteil jedoch nur 13 Prozent.³ Der Anteil der *Hispanics* an der Wählerschaft fiel von 2012 bis 2014 von zehn auf acht Prozent. Die Wähler dieser Bevölkerungsgruppe entschieden sich 2012 mit 71 Prozent für Obama, 27 Prozent wählten Romney. 2014 war die Unterstützung der Demokraten seitens der *Hispanics* zwar immer noch groß; der Vorsprung gegenüber den Republikanern fiel jedoch auf 62 zu 36 Prozent. Bei den farbigen Wählern war der Rückgang von 13 auf zwölf Prozent an der Gesamtwählerschaft kaum spürbar. Innerhalb der erwähnten Wählergruppen war die Zustimmung zu den Kandidaten der Demokratischen Partei allerdings deutlich geringer als in den Wahlen zuvor. Junge Wähler entschieden sich 2012 mit 60 zu 36 Prozent für die Demokraten, 2014 betrug dieser Wert nur noch 54 zu 43 Prozent.⁴ Auf Republikanischer Seite dagegen konnten die entsprechenden Wählerblöcke ihre Werte vergangener Wahlen halten oder sogar ausbauen. Weiße Männer zum Beispiel, seit jeher stark Republikanisch wählend, vergrößerten ihren Anteil an der Wählerschaft von 2012 zu 2014 von 34 auf 37 Prozent und wählten zu 64 Prozent Republikanisch, das entspricht zwei Prozentpunkten mehr als noch 2012. Evangelikale blieben bei 26 Prozent der Gesamtwählerschaft und stimmten wie schon 2012 zu überdurchschnittlich guten 78 Prozent für die Republikaner.⁵

Bei den Demokraten lässt sich ein profundes Problem mit Wählern der weißen Arbeiterschaft konstatieren. Mit 64 zu 34 Prozent wurde diese Wählergruppe von den Republikanern gewonnen, ein Vorsprung von immerhin 30 Prozentpunkten.⁶ Ähnlich war das Wahlergebnis dieser Gruppe bereits bei der *Wave Election* von

2 Vgl. Nicole Mellow, Voting Behavior. How the Democrats Rejuvenated Their Coalition, in: Michael Nelson (Hrsg.): The Elections of 2012, Los Angeles: CQ Press, 2014, S. 73-95, bes. S. 84-91.

3 Vgl. Michael Tomasky, Now We Face 2016! In: The New York Review of Books, 18. Dezember 2014.

4 Vgl. Jens Manuel Krogstad, Hispanic Voters in the 2014 Election, The Pew Center for the People and the Press, 7. November 2014, <http://www.pewhispanic.org/2014/11/07/hispanic-voters-in-the-2014-election/> (Abruf am 15. Januar 2015).

5 Vgl. M. Tomasky (Anm. 3).

6 Vgl. J. Topaz (Anm. 1).

2010 ausgefallen.⁷ Seit 2010 hat Obama acht Prozentpunkte Unterstützung in dieser Gruppe verloren. Beobachter sehen dies als Folge der Vernachlässigung von typischen Wirtschaftsthemen und der Konzentration auf Themen, die der Basis der Partei entgegenkommen, wie Umweltfragen und *ObamaCare*, die aber in der Mittelschicht nicht als prioritär angesehen werden. Vor allem in Staaten mit besonders akuten Wirtschaftsproblemen hat dies die Demokraten Stimmen gekostet. So ist es vermutlich kein Zufall, dass die Demokraten ausgerechnet in West Virginia, Arkansas, Louisiana und Alaska die Senatswahlen verloren haben.

Auch bei den politischen Themen, die die Wähler für ihre Wahlentscheidung als besonders wichtig erachteten, lassen sich hinsichtlich der Wahl von 2014 signifikante Unterschiede zwischen beiden Parteien ausmachen. Für Wähler, die den Republikanern nahestanden, waren vor allem die Haushaltspolitik (29 Prozent der Republikaner hielten dieses Thema für wichtiger als die Anhänger der Demokratischen Partei), die Außenpolitik (plus 24 Prozent), Einwanderungspolitik (plus 21 Prozent), Terrorismusbekämpfung (plus 20 Prozent) und die Wirtschaftslage (plus zehn Prozent) von Bedeutung. Für die Demokraten waren vor allem die Umwelt (33 Prozent der befragten Demokraten hielten dieses Thema für wichtiger als die Anhänger der Republikanischen Partei), das ökonomische Ungleichgewicht (plus 28 Prozent), die Frage der Geburtenkontrolle (plus 19 Prozent) sowie die Gesundheitspolitik (plus fünf Prozent) entscheidend. Für nahezu gleichbedeutend hielten die Anhänger beider Parteien die Abtreibungsfrage ebenso wie die Frage gleichgeschlechtlicher Ehen.⁸

3 Die Kongresswahlen von 2014 – eine Abrechnung mit Präsident Obama?

Die Demokraten konnten bei den Wahlen von 2014 nicht auf eine überzeugende Botschaft an ihre potentiellen Wähler setzen. Mehr noch: Sie hatten nach Einschätzung von politischen Beobachtern gar keine Botschaft. Aufgrund der Unpopularität Präsident Obamas versuchten die Kandidaten der Demokraten, jegliche Assoziierung mit dem Präsidenten zu vermeiden – so wie die Republikaner im

7 Vgl. Michael Kolkmann, Die Wahlen zum US-Kongress am 2. November 2010: Herbe Niederlage für die Demokraten, aber auch ein Sieg für die Republikaner? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011) 2, S. 229-246.

8 Vgl. The Pew Research Center for the People and the Press, Wide Partisan Differences Over the Issues that Matter in 2014, 12. September 2014, <http://www.people-press.org/2014/09/12/wide-partisan-differences-over-the-issues-that-matter-in-2014/> (Abruf am 10. Januar 2015).

Jahre 2006 erfolglos versucht hatten, sich im Wahlkampf vom damals unpopulären Präsidenten Bush abzusetzen. Auch die tatsächlichen Errungenschaften Präsident Obamas in den ersten sechs Jahren im Amt wurden nicht oder nur am Rande thematisiert. Gerade auf dem Feld der Wirtschaftspolitik konnten die Demokraten nicht überzeugen, da sie diesbezüglich mit keiner einheitlichen Botschaft antraten. Zwar hatte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren massiv erholt. Mehr als elf Millionen neue Jobs waren in der amerikanischen Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren hinzugekommen, allein von 2013 auf 2014 nahezu drei Millionen. Ein solches Stellenwachstum hatte es seit 1999 nicht mehr gegeben. Die Arbeitslosenrate ist im Dezember 2014 auf 5,6 Prozent gesunken, die niedrigste Zahl seit Juni 2008, und weit unter den 7,8 Prozent vom Beginn der Obama-Ära.⁹ Dieser wirtschaftliche Aufschwung scheint jedoch nicht bei den Angehörigen der Mittelklasse angekommen zu sein. Aus Furcht, diese Wählerklientel zu vergraulen, thematisierten die Demokraten die Wirtschaft nur sekundär.¹⁰ Frappierend fällt der Befund auch in Bezug auf *ObamaCare* aus: Für die Wähler im November 2014 war das Herzstück der legislativen Agenda Präsident Obamas, nämlich die Reform des amerikanischen Gesundheitswesens, der zweitwichtigste Grund, einen Demokratischen Kandidaten zu wählen, trotzdem wurde diese Reform von den Demokraten im Wahlkampf überwiegend nicht thematisiert.¹¹

Mit 36,4 Prozent war die Wahlbeteiligung in den Kongresswahlen von 2014 so niedrig wie seit 72 Jahren nicht mehr. Bei der letzten Zwischenwahl im November 2010 hatte die Wahlbeteiligung noch um ganze vier Prozentpunkte höher gelegen. Im Gegensatz zu den Wahlen von 2008 und 2012 mit einem populären Präsidentschaftskandidaten an der Spitze, in denen die Demokraten von ihrer vorzüglichen Wählermobilisierungsmaschinerie profitierten, ist ihnen diese Mobilisierung in den Wahlen von 2014 nicht gelungen. Außerdem führte eine massive Unbeliebtheit von Präsident Obama nach sechs Jahren im Amt dazu, dass sich viele Wahlkämpfer der Demokraten wie erwähnt von Obama distanzieren und auf gemeinsame Wahlkampfauftritte verzichteten. Deutlicher als in vergangenen Zwischenwahlen ist 2014 offenbar geworden, dass viele Wähler bei Kongresswahlen zumindest zum Teil auch über den amtierenden Präsidenten urteilen. Mit einem Zustimmungss-

9 Vgl. Barbara Junge, Die USA erleben ein Wirtschaftswunder, in: Der Tagesspiegel, 25. Januar 2015.

10 Vgl. Jackie Calmes, Good Economic News, but Democrats Differ on Whether to Take Credit, in: The New York Times, 16. Dezember 2014.

11 Vgl. Elizabeth Drew, Why the Republicans Won, in: The New York Review of Books, 8. November 2014, <http://www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2014/nov/08/midterms-why-republicans-won/> (Abruf am 10. November 2014).

wert von nur etwas über 40 Prozent für Obama versuchten die Republikanischen Kandidaten alles, um ihre Demokratischen Gegner mit Obama in Verbindung zu bringen – eine Strategie, die die Demokraten selbst im Präsidentschaftswahlkampf von 2008 erfolgreich anwandten, als sie den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain erfolgreich mit der zum damaligen Zeitpunkt sehr unpopulären Bush-Administration in Verbindung brachten. *Exit Polls* zufolge sagte ein Drittel der Wähler, dass sie mit ihrer Entscheidung bei der Wahl zum Repräsentantenhaus auch Opposition zu Präsident Obama zum Ausdruck bringen wollten. Am stärksten kam dies im Senatswahlkampf von Kentucky zum Ausdruck, wo sich der Minderheitsführer der Republikaner, Mitch McConnell, von der Demokratin Alison Lundergan Grimes herausgefordert sah. Grimes wollte auch auf wiederholte Nachfragen nicht angeben, ob sie bei der letzten Präsidentschaftswahl für Präsident Obama gestimmt habe.¹²

4 Das konkrete Ergebnis der Wahlen von 2014

Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner ihre Mehrheit deutlich ausbauen können, hier kommen sie nunmehr auf 247 der insgesamt 435 Sitze, was einem Netto-Gewinn von 13 Mandaten entspricht. Seit dem 71. Kongress (1929-31) haben die Republikaner im Repräsentantenhaus nicht mehr über eine solch große Mehrheit verfügen können. Die Demokraten stellen nur noch 188 Abgeordnete. Im Senat haben die Republikaner neun Sitze hinzugewonnen und stellen mit nunmehr 54 von 100 Sitzen die deutliche Mehrheit. Die Demokraten zählen 44 Senatoren. Darüber hinaus gibt es mit Bernie Sanders aus Vermont und Angus King aus Maine zwei Unabhängige Senatoren. Sie stimmen jedoch in der Regel mit den Demokraten. Abgerundet wurde dieser Sieg der Republikaner auf Bundesebene von einem erfolgreichen parallelen Abschneiden auf Ebene der Bundesstaaten, wo sie aktuell 29 der 50 Gouverneursposten bei 20 Gouverneursposten für die Demokraten und einem unabhängigen Gouverneur (in Alaska) halten. Darüber hinaus dominieren die Republikaner nunmehr mit 30 von 50 drei Fünftel der einzelstaatlichen Legislativen. In 23 Bundesstaaten kontrollieren sie sowohl die Legislative als auch den Posten des Gouverneurs. Seit 2010 haben die Demokraten in den Legislativen der Bundesstaaten mehr als 900 Sitze verloren, was einem Anteil von zwölf Prozent aller Sitze entspricht. Die Republikaner verfügen hier inzwischen über 4.100 Sitze, so viele wie zuletzt 1920. Die Demokraten kontrollieren nur elf Legislativen, und lediglich in sieben Bundesstaaten dominieren sie sowohl die Legislative als auch

12 Vgl. M. Tomasky (Anm. 3).

den Gouverneursposten.¹³ Die Wahlen von 2014 waren also auf nahezu allen Ebenen ein Sieg für die Republikanische Partei.

Repräsentantenhaus

Seit der Wahl 2008 haben die Demokraten unter Präsident *Obama* insgesamt 77 Sitze im Repräsentantenhaus verloren – die größte Zahl eines für zwei Amtszeiten amtierenden Präsidenten seit Harry S. Truman. Da das Repräsentantenhaus eine eher kurze Wahlperiode von nur zwei Jahren für alle Abgeordneten kennt, standen im November 2014 alle 435 Wahlkreise zur Neuwahl an.

Vor den Wahlen 2014 war im Repräsentantenhaus eine überraschend große Zahl an Rücktritten zu verzeichnen gewesen. Sechzehn Demokratische Abgeordnete traten nicht zur Wiederwahl an. Auf Republikanischer Seite waren es sogar 25 Abgeordnete, die auf eine erneute Kandidatur verzichteten. Hinzu kamen drei Republikanische Abgeordnete, die in den Vorwahlen ihrer Partei unterlegen waren. Überraschend war die Niederlage des Mehrheitsführers der Republikaner, Eric Cantor (Virginia), der in der Vorwahl dem von der Tea Party unterstützten und zuvor völlig unbekanntem Kandidaten David Brat unterlegen war. Auch andere zentrale Stützen von *Speaker* John Boehner (Ohio) traten nicht erneut an, so der Vorsitzende des wichtigen *Ways-and-Means*-Ausschusses, David Camp (Michigan), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Howard McKeon (Kalifornien) und der Vorsitzende des Umweltausschusses, Doc Hastings (Washington).

Obwohl die Republikaner also deutlich mehr offene Sitze zu verteidigen hatten als die Demokraten, schnitten sie dennoch besser ab: Während den Demokraten nur die Eroberung eines offenen Sitzes der Republikaner gelang, konnten die Republikaner fünf offene Sitze der Republikaner gewinnen. Außerdem besiegten Republikanische Kandidaten elf Demokratische Amtsinhaber, während dies den Demokraten nur in zwei Fällen gelang.¹⁴ Bei den Demokraten ist seit den Wahlen 2010 vor allem die Zahl der Abgeordneten gesunken, die sich den *Blue Dogs* zu rechnen – ein Trend, der auch in den Wahlen von 2014 nicht umgekehrt werden konnte. Bei diesen Abgeordneten handelt es sich um gesellschaftlich und fiskalpolitisch konservative Demokraten. Die innerparteiliche Gruppierung bildete sich 1995 in Reaktion auf den Wahlerfolg der Republikaner im November 1994. War sie zwischenzeitlich mehr als fünfzig Mitglieder stark, so kommt die Koalition im

13 Vgl. Chris Cillizza, *Republicans Have Gained More than 900 State Legislative Seats Since 2010*, washingtonpost.com, 14. Januar 2015. Siehe auch den Beitrag von Patrick Horst zu den Gouverneurs- und Legislativwahlen in diesem Buch.

14 Vgl. CQ Guide to the New Congress, cq.com, 6. November 2014 (Updated).

aktuellen Kongress auf nur noch 15 Mitglieder (nach 14 Mitgliedern im vorangegangenen 113. Kongress).

Tabelle 2.2 Parteipolitische Zusammensetzung des Repräsentantenhauses, 2009 – 2017

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
2008	111. (2009-11)	178	257
2010	112. (2011-13)	240	193
2012	113. (2013-15)	234	201
2014	114. (2015-17)	247	188

Quelle: Clerk of the House, House of Representatives, http://artandhistory.house.gov/house_history/partyDiv.aspx (Abruf am 11. Februar 2015), Stand jeweils zu Beginn der Wahlperiode. Der Abgeordnete Michael Grimm (R-NY) hat am 29. Dezember 2014 seinen Rücktritt zum 5. Januar 2015 erklärt, nachdem Vorwürfe der Steuerhinterziehung bekannt geworden waren.¹⁵

Senat

Es ist nicht unüblich, dass die Partei des Präsidenten in Zwischenwahlen zur Halbzeit der zweiten Amtszeit im Senat Mandate einbüßt, nachdem der Präsident selbst zwei Jahre zuvor überzeugend wiedergewählt worden ist. So verloren die Republikaner während der Präsidentschaft von Dwight Eisenhower bei den Wahlen von 1958 insgesamt 13 Senatssitze an die Demokraten, unter Präsident Ronald Reagan verloren die Republikaner im Jahre 1986 acht Sitze. Durchschnittlich verliert die Partei des Präsidenten bei den Zwischenwahlen der zweiten Amtszeit sechs Sitze.¹⁶ Während die Republikaner im Jahre 2014 15 Sitze verteidigen mussten, hatten die Demokraten insgesamt 21 Sitze zu verteidigen, darunter einige, die parallel zum Sieg Barack Obamas in der Präsidentschaftswahl des Jahres 2008 in eher Republikanisch geprägten Bundesstaaten erobert worden waren. Außerdem waren

15 Vgl. Jason Horowitz, Michael Grimm, In a Reversal, Will Resign From Congress, *The New York Times*, 30. Dezember 2014. I in die Schlagzeilen geriet Anfang Januar ebenfalls der Abgeordnete Steve Scalise (R-Louisiana), als bekannt wurde, dass er im Jahre 2002 einen Vortrag vor einer weißen Suprematisten-Gruppe gehalten hatte. Scalise bekleidet mit dem Amt des *Majority Whip* die dritthöchste Führungsposition der Republikaner im Repräsentantenhaus. Vgl. Ashley Parker / Alan Rappoport, Representative Steve Scarlise of Louisiana Acknowledges Addressing Racist Group in 2002, in: *The New York Times*, 30. Dezember 2014.

16 Auch Präsident George W. Bush und seine Republikaner verloren im Jahre 2006 massiv, seine Wiederwahl zwei Jahre zuvor war aber sehr knapp gewesen. Vgl. E. Drew (Anm. 11).

immerhin sieben dieser 21 Staaten in der Präsidentschaftswahl 2012 vom Republikanischen Kandidaten Mitt Romney gewonnen worden. Um die Mehrheit der Sitze im Senat erlangen zu können, wären für die Republikaner 51 Sitze nötig gewesen – denn bei einem Gleichstand von 50 zu 50 Sitzen hätte in Abstimmungen der Demokratische Vizepräsident Joe Biden die entscheidende 101. Stimme gehabt. Mit nunmehr 54 Sitzen liegen die Republikaner deutlich über dieser Marke (vgl. Tabelle 2.3).

Die Senatswahlen von 2012 hatten mit einer Enttäuschung für die Republikaner geendet. In mehreren Bundesstaaten unterlagen moderate Kandidaten oder Amtsinhaber strikt konservativen, von der Tea Party unterstützten Kandidaten in der Vorwahl.¹⁷ Diese wiederum waren im Hinblick auf die Wählerschaft im gesamten Bundesstaat politisch zu extrem, um die Hauptwahl gewinnen zu können und unterlagen folgerichtig ihren Demokratischen Konkurrenten.¹⁸ Im Jahr 2014 spielte die Tea Party bei der Nominierung zumindest der Senatskandidaten keine annähernd so große Rolle. Acht der zwölf im Jahre 2014 wieder antretenden Amtsinhaber der Republikaner sahen sich zwar in ihren Vorwahlen einem Gegenkandidaten der Tea Party gegenüber, sie konnten sich jedoch in allen Fällen gegen ihre Herausforderer durchsetzen.¹⁹

Der Erfolg der Republikaner im Jahre 2014 beruhte nicht zuletzt darauf, dass sich ihre Kandidaten in ursprünglich für kompetitiv gehaltenen Bundesstaaten wie Kentucky (Mitch McConnell), Georgia (David Perdue als Nachfolger des nicht wieder angetretenen Saxby Chambliss) und Kansas (Pat Roberts) behaupten konnten. In anderen Bundesstaaten gelang es den Republikanischen Herausforderern, die Demokratischen Amtsinhaber zu schlagen. In North Carolina konnte Thom Tillis gegen die amtierende Senatorin Kay Hagan gewinnen. In Colorado unterlag Senator Mark Udall seinem Herausforderer Cory Gardner, und in Arkansas verlor Mark Pryor gegen Tom Cotton. Drei amtierende Senatoren der Demokraten zu schlagen war den Republikanern seit der Wahl von 1980 nicht mehr gelungen.

17 Vgl. ausführlicher zur *Tea Party* Alexander Kühne / Henrik Gast, Tea-Party-Time in den USA? Zu Profil und Einfluss einer heterogenen Bewegung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42 (2011) 2, S. 247-269. Die konkreten Auswirkungen der Tätigkeit der *Tea Party*-Abgeordneten auf den Kongress untersucht detailliert Robert Draper, Do Not Ask What Good We Do. Inside the U.S. House of Representatives, New York: Free Press, 2012, besonders S. 3-10 und S. 112-116.

18 Vgl. Michael Kolkmann, Die Wahlen zum US-Kongress vom 6. November 2012: Nichts Neues auf Capitol Hill?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 44 (2013) 1, S. 3-21.

19 Vgl. Jeremy W. Peters, New Senators Tilt G.O.P. Back Toward Insiders, in: The New York Times, 16. November 2014.

Hinzu kamen vier *Open Seats* in Iowa (Tom Harkin), Montana (John Walsh), South Dakota (Tim Johnson) und West Virginia (Jay Rockefeller); in diesen Bundesstaaten waren die Demokratischen Amtsinhaber jeweils nicht erneut angetreten. Fünf dieser sieben Bundesstaaten hatten in der Präsidentschaftswahl 2012 für Mitt Romney gestimmt, zwei jedoch, Iowa und Colorado, hatten für den amtierenden Präsidenten Obama votiert.

Tabelle 2.3 Parteipolitische Zusammensetzung des Senats, 2009 – 2017

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
2008	111. (2009-11)	41	57 + 2
2010	112. (2011-13)	47	51 + 2
2012	113. (2011-15)	45	53 + 2
2014	114. (2015-17)	54	44 + 2

Quelle: Webseite des US-Senats, http://senate.gov/pagelayout/history/one_item_and_teachers/partydiv.htm (Abruf am 11. Februar 2015).

Interessanterweise wiesen alle neuen Senatoren der Republikaner – entgegen der gewohnheitsmäßigen Anti-Establishment-Rhetorik der letzten Jahre – einen starken Hintergrund in öffentlichen Wahlämtern auf, teils auf Bundesebene und teils auf Ebene der Bundesstaaten. Sie waren also nach den Maßstäben der US-amerikanischen Politikwissenschaft besonders qualifizierte Kandidaten. Nur David Perdue in Georgia war in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Ähnliches lässt sich für die neuen Abgeordneten im Repräsentantenhaus sagen.²⁰ Diese Tendenz steht in starkem Kontrast zur Zwischenwahl von 2010, als vor allem durch den Einfluss der Tea Party zahlreiche Kongressneulinge ohne jegliche politische Erfahrung – als selbsternannte „Citizen Legislators“ - nach Washington kamen.²¹ Nahezu die Hälfte aller aktuellen Senatoren ist seit der Wahl von 2008 in die Kammer eingezogen.

Mehrere Senatoren – vor allem auf Demokratischer Seite – haben bereits zu Beginn des aktuellen Kongresses angekündigt, sich 2016 nicht um eine Wiederwahl bewerben zu wollen. Dazu zählt zunächst der aktuelle Minderheitsführer der Demokraten, Harry Reid aus Nevada, dessen Sitz die Republikaner zu erobern hoffen.²² Reids Ankündigung hat zur Folge, dass sich spätestens nach der Wahl

20 Vgl. David A. Fahrenthold, *Freshman Class is Young by U.S. Senate Standards but Have Government Experience*, [washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com), 18. November 2014.

21 Vgl. J. W. Peters (Anm. 19).

22 Vgl. Carl Hulse, *Harry Reid to Retire From Senate in 2016*, in: *The New York Times*, 27. März 2015.

Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas

Eine erste Bilanz

Gellner, W.; Horst, P. (Hrsg.)

2016, XVII, 428 S. 34 Abb., 8 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-11063-5